Grzesinski gibt die Schuld an den Fememorden zu

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Der amtliche preußische Pressedienst brachte gestern nachmittag eine Rede, die der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski am Abend in der Volkshochschule in Hindenburg in Oberschlesien halten sollte. Grzesinski geht in seiner Rede auf die Enthüllungen im Stettiner Fememordprozeß ein und sagt dann offiziös als preußischer Innenminister:

„Wo Holz gehauen wird, da fallen Späne, und wo so viel Holz gehauen worden ist, wie damals hier unten, fallen doppelt Späne. **Werden schon, wie der Weltkrieg gezeigt hat, in einem regulären Krieg die im Frieden vereinbarten Richtlinien, nach denen gekämpft werden sollte, kaum immer innegehalten, so kommt noch viel weniger in einem irregulären Krieg und Bürgerkrieg die Stimme der Humanität zu Gehör,** und es ist traurig, wenn ausgerechnet Deutsche heute diese Vorgänge von diesen Jahren in einem Prozeß erörtern. **Wenn Angehörige der Roßbachformation heute, nachdem sie durch die oberschlesische Amnestie vor einer Strafverfolgung geschützt sind, glauben, als Deutsche verantworten zu können, öffentliche Staatsbehörden und Staatsbeamte, die die Vorteile der Amnestie heute nicht genießen würden, der Anstiftung Hunderter von Fememorden zu beschuldigen, so ist das ihre Sache. Jeder einsichtige und wirklich national eingestellte Deutsche wird sich aber wohl von einem solchen Geschehen mit Abscheu abwenden.**"

Die Fememerkzeuge haben sich gegen ihre Auftraggeber, gegen den Femestaat erhoben. Mag Herr Grzesinski darüber zetern, daß die Fememörder durch ihre Enthüllungen sich nicht als einsichtige und wirklich national eingestellte Deutsche erwiesen hätten, **damit schafft er die Stettiner Enthüllungen nicht aus der Welt.**

Entscheidung über Rot-Front-Verbot am 2. Mai

Protestiert gegen den reaktionären Angriff!

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus Leipzig gemeldet wird, soll das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Reichsinnenminister Keudell und der Einspruch der Länder kommenden Mittwoch, **am 2. Mai, vor dem Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung gelangen.** Eine mündliche Verhandlung ist nicht vorgesehen. Der Senat hat beim preußischen Innenministerium angefragt, ob Preußen seinen Einspruch ausführlich zu begründen wünsche, und **Grzesinski hat auf eine ausführliche Stellungnahme und damit sogar auf die Möglichkeit, die Tagung des Staatsgerichts zu verschleppen, verzichtet.** Die Bourgeoisie will den Schlag gegen den Roten Frontkämpferbund sofort durchführen. Die Wahlen sollen im Zeichen des ungehemmten Terrors der Bürgerblockgarden, des Stahlhelms und der anderen Organisationen stehen. Die Klassenjustiz, die kommunistische Abgeordnete verfolgt und durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kopiprämien auf die Kommunisten ausschreiben läßt, soll die Ergänzung im Kesseltreiben gegen die KPD bilden.

Die Arbeiterschaft muß durch ihre organisierte Kraft, durch die Einheitsfront in Betrieben, Gewerkschaften und allen proletarischen Massenorganisationen die Zerreißung des Roten-Frontkämpfer-Verbotes erzwingen. Heraus zum Protest! Setzt euch mit allen Kräften für die Vorbereitung des Pfingstaufmarsches der Roten Front in Berlin ein! Gegen den Bürgerblock, die Klassenjustiz und den Arbeiterverrat! Hinein in die KPD und den RFB!

Die SPD im Bund der Reaktion

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Sitzung des preußischen Staatsrats brachte die kommunistische Fraktion einen Antrag gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes ein. Alle Parteien von der SPD bis zu den Deutschnationalen widersetzten sich der Behandlung dieses Antrages, obwohl diese Sitzung des Staatsrats die letzte vor den Wahlen ist. Der Antrag wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Mit dieser Haltung der SPD sind die ganzen schamlosen Lügenmanöver dieser Bande von Arbeiterbetrügern enthüllt. Jeder Arbeiter kann jetzt feststellen, wer die Reaktion unterstützt.

Die geeignete Vertretung der Nationalsozialisten

München. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat für den Schiemgau einen gewissen Leutnant Neunzer als bayrischen Landtagskandidaten aufgestellt. Neunzer ist der berüchtigte Fememörder der, gerichtsnotorisch nachgewiesen, in fast allen bayrischen Fememordangelegenheiten seine Hand im Spiele hatte. So „arbeitete" er im Herbst 1920, als der „Verräter" Dobner beseitigt werden sollte, als Chauffeur. Er ist auch dringend verdächtig, am Morde des Dienstmädchens Sandmayer aktiv beteiligt zu sein. Er nahm auch an der Autofahrt teil, bei der Hartung erschossen und in die Isar versenkt wurde. Längere Zeit war er auch einer der Vertrauten Hitlers und Ludendorffs. — Die Nationalsozialisten stellen also frech gerichtsnotorische Fememörder als Landtagskandidaten auf.

Todesurteile in fünf Minuten

Roßbachs Schnelljustiz / Verdunkelungsversuche der Klassenjustiz

Stettin den 25. April. Zu Beginn der Mittwoch-Verhandlung beantragte die Verteidigung Beschlußfassung über die Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Spiecker und des Polizeipräsidenten Ernst von Breslau. Außerdem verlangt die Verteidigung die Ladung des Generals Seeckt als Sachverständigen.

In der weiteren Beweisaufnahme wird der Sekretär Roßbachs, Gladitsch, vernommen, der angibt, mit Lastwagen aus einer Reichswehrkaserne in Stettin Waffen abgeholt zu haben, die ihm von einem **Reichswehroffizier in Uniform** für Roßbach übergeben wurden. Roßbach gibt als einen der Offiziere Hauptmann Wolf an.

General von Pawelz bestreitet die Richtigkeit dieser Angaben. Eine Frage der Verteidigung nach dem Verhältnis zwischen Polizei und Reichswehr bezüglich der Waffentransporte wird vom Staatsanwalt beanstandet. Das Gericht läßt die Frage zu.

Darauf wird Hauptmann Wolf vernommen, der seinerzeit Bureauoffizier bei General von Pawelz war. Wolf hatte im April 1920 in seiner Wohnung eine Besprechung mit Roßbach über die Auflösung des Freikorps. Auf eine Aeußerung des General von Pawelz, die dieser nach Angabe Bodungens über eine Mobilmachung getan haben soll, kann sich der Zeuge nicht besinnen. Es kommt zu einem **Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und dem Staatsanwalt**, wobei Rechtsanwalt Bloch äußert: **„Damals wurde ja so viel gemordet, der Fall Schmidt steht in gar keinem Vergleich dazu."**

Bodungen wird nochmals Wolf gegenübergestellt, wobei Wolf alle Besprechungen über Waffentragen mit Roßbach ableugnet. Darauf beschließt das Gericht, als Zeugen Dr. Spiecker, Kriminalkommissar Weinel und den Breslauer Polizeipräsidenten Ernst zu vernehmen, außerdem **zwei Mitglieder der Organisation Hauenstein.** Rechtsanwalt Bloch ergänzt den Antrag und fordert Vernehmung des Oberleutnants Vandelier aus München, der die Angaben Hauensteins bestätigen soll.

Unter großer Erregung beantragt darauf Rechtsanwalt v. d. Golz den **Ausschluß der Oeffentlichkeit**, da sich der politische Konsul im Zuschauerraum befindet. Der Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung begründet und auf Antrag des Staatsanwalts abgelehnt.

Dann wird in der Vernehmung Roßbachs fortgefahren, der zunächst über die Anforderung seiner Leute nach Oberschlesien aussagt, wobei er mit Oberst v. Schwarzkopf verhandelte. Schwarzkopf versprach, das Reichswehrkommando zu benachrichtigen. Pawelz behauptet erneut, daß er nichts davon erfahren habe. Darauf stellt Rechtsanwalt v. d. Golz durch Fragen fest, daß **die Roßbacher die von ihnen standgerichtlich gefällten Todesurteile befehlsgemäß zu vollstrecken hatten.**

Roßbach erklärt: **„Wir mußten in Mecklenburg eine Reihe Todesurteile auf diese Weise vollstrecken."**

Es kommt zu einem ersten Zusammenstoß zwischen Roßbach und General von Pawelz, da sich **Pawelz und der Reichswehroberst Waldrach regelmäßig bei belastenden Zeugenaussagen für die Reichswehr „an nichts mehr erinnern" können.**

Darauf macht Herr v. Bodungen die überraschende Mitteilung, **daß am vergangenen Freitag während einer Gerichtssitzung, ihm der Oberst Waldrach in Gegenwart des Zeugen Schulz wörtlich erklärt habe: „Die Roßbacher waren damals Reichswehr, aber ich kann das doch nicht hier unter Eid aussagen." (!!)**

Waldrach bestreitet das natürlich und behauptet, man wolle ihn aufs Glatteis führen. **Unter großer Erregung bestätigt Zeuge Schulz die Aeußerung Roßbachs.**

Darauf erklärt der Vorsitzende wörtlich: „Dann handelt es sich hier also um ein Mißverständnis (!) der Herren v. Bodungen und Schulz." (Große Bewegung.)

Roßbach sagt dann weiter über die Tätigkeit der Standgerichte aus und führt an, daß das bereits erwähnte **Standgericht in Niedorf, das die später auch vollstreckten Todesurteile fällte, im ganzen nur fünf Minuten lang verhandelt habe.**

Der in der vorhergehenden Verhandlung erwähnte Mobilmachungsplan soll sich für den Fall „innerer Unruhen" bezogen haben.

Am Schluß der Verhandlung erfolgte eine Erklärung des Hauptangeklagten Heines, der aussagt, er sei nun nach den Aussagen Roßbachs von seinem Schweigen entbunden. Heines betont jedoch, daß seine Leute von diesen Standgerichten nichts gewußt hätten. Im Falle Schmidt wiederholt Heines das Ammenmärchen von der „Erschießung auf der Flucht".

Als der Vorsitzende ihm vorhält, daß der **schwerverwundete Schmidt bei Bewachung von vier Mann doch keinen Fluchtversuch machen konnte**, erklärt Heines: „Ich kann nur sagen, der Schmidt lief weg und ich schoß." Er behauptet auch noch wie vor, daß er die Spaten nur mitgenommen habe, um Waffen unterzubringen. Nach dieser Erklärung, die Heines äußerst verwirrt und stockend angibt, und die nur erneut den feigen Meuchelmord an Schmidt bestätigt, wird die Verhandlung auf Donnerstag früh 10 Uhr vertagt.

Ein Hilferuf aus Finnland

Terror am Werk

An die kommunistische Reichstagsfraktion gelangte folgendes Telegramm:

„Die Bourgeoisie des weißen Finnlands hat mit stiller Mitwirkung der sozialdemokratischen Führerschaft eine weitumfassende, gegen die Vertrauensmänner der Arbeiter gerichtete Verfolgung begonnen. Es sind bereits u. a. zwei Reichstagsabgeordnete festgenommen worden. Die Bourgeoisie hat die Absicht, die Klassenkampfbewegung der Arbeiter zu ersticken. Wir bitten Euch, dies der werktätigen Klasse Europa Landes bekanntzumachen.

Reichstagsgruppe der sozialistischen Arbeiter und Kleinbauern des finnischen Reichstags."

Das Vorgehen Mussolinis, die brutalen Verfolgungen in Finnland, die Kommunistenverfolgungen in England und Frankreich, der Vorstoß der deutschen Reaktion sind ein internationales Zusammenspiel der Kapitalisten aller Länder. Kriegsvorbereitungen und verstärkte Ausbeutung sind die Grundlagen. Erhebt euch gegen den Terror!

Protest gegen die Blutjunde

Rettet die Opfer Mussolinis

Gegen die blutigen Verfolgungen Mussolinis anläßlich des Mailänder Attentats gegen alle oppositionellen Elemente, vor allen Dingen gegen die italienische Arbeiterschaft und die Kommunisten, wendet sich selbst die linksbürgerliche Presse. So schreibt die Berliner Volkszeitung:

„Auffallend ist nur der Umstand, daß das sonst so prompt funktionierende Polizeisystem Mussolinis nicht in der Lage ist, das Mailänder Attentat aufzuklären. Die Behauptung, daß man 6 verdächtige Personen in Haft hatte, denen man eine Teilnahme an dem Verbrechen nachweisen wolle, ist ein reines Verlegenheitsmanöver, und wenn man wirklich den angeblich „verdächtigen" Leuten einen Prozeß machen will, so ist das ein Zeichen der unter dem faschistischen Regime herrschenden Rechtsunsicherheit. Anscheinend sollen die 6 Verhafteten das Opfer eines Justizmordes werden, damit die italienische Regierung sagen kann, das Mailänder Verbrechen habe seine Aufklärung gefunden."

Im übrigen gibt das obige Blatt der Meinung Ausdruck, daß viele italienische Kreise der Ansicht sind, **daß niemand anders als die Faschisten diese Verbrechen ausgeführt haben könnten.**

Festnahme von Münchner Faschisten

Zu der Störung der Streicmann-Versammlung wird von polizeilicher Seite noch mitgeteilt, daß eine größere Anzahl Ruhestörer während der Versammlung festgenommen und auf die Wache gebracht wurde. Eine Lautsprecherleitung, die die Rede Streicmanns in den Altmünchner Saal des Bürgerbräukellers übertragen sollte, war durchschnitten worden. Sie konnte aber wiederhergestellt werden. Nach der Versammlung mußten am Karlsplatz lärmende Nationalsozialisten durch Polizei zur Ruhe gebracht werden. — Den Radaubelden wird sicherlich nichts geschehen.

Die Schuhmacher für die Opposition

Bei der Abstimmung über die Vorschläge zum Verbandstag entschieden sich in Seithennersdorf die Schuhmacher in übergroßer Mehrheit für den Kandidaten der Opposition.

In zwei Wahllokalen ergab sich folgendes Resultat:

In Kretscham:
Genosse Förster: 161 Stimmen.
SPD in der Spitze 50 Stimmen.
In der Kanone:
Genosse Förster: 72 Stimmen.
SPD in der Spitze: 9 Stimmen.
Die anderen Resultate stehen noch aus.

Schweres Explosionsunglück in Fulda

Fulda den 26. April. In der Segeltuchweberei von Valentin Mehler A.-G. in Fulda flog heute vormittag ein Dampfzylinder aus unbekannter Ursache in die Luft. Von den umherfliegenden Eisenteilen wurden zwei Arbeiter getötet, drei weitere Arbeiter wurden leicht verletzt. Die Wucht der Explosion war so groß, daß der acht Zentner schwere Deckel des Dampfzylinders fünf Meter weit geschleudert wurde. Infolge dieser Explosion war ein beträchtlicher Teil der Industrie-Fulda ohne elektrischen Strom.

Explosionsunglück in einer Brikettfabrik

Altenburg den 26. April. In der vergangenen Nacht erfolgte in der Brikettfabrik der Grube „Kraft 1" eine heftige Kohlenstaubexplosion. Das Dach des Kühlhauses wurde abgehoben und das Gebäude teilweise zerstört. Zwei Arbeiter sind durch Stichflammen schwer verletzt worden.

Das Bergwerksunglück in Marienstern

München den 26. April. Die Leichen der bei dem gestrigen Bergwerksunglück in Marienstern verunglückten Bergleute, die unter dem Fahrgestell im Schlamm lagen, sind nach mehrstündiger Bergungsarbeit ans Tageslicht gebracht worden. Dem Schwerverletzten mußte ein Fuß abgenommen werden.

Schwerer Verkehrsunfall in Essen

Essen den 26. April. Am Mittwoch nachmittag forderte ein schwerer Verkehrsunfall auf der Alfredstraße einen Toten und einen Schwerverletzten. Zwei Radfahrer, Herr und Dame, begegneten einem Lastkraftwagen mit Anhänger. Die Frau, die anscheinend im Radfahren noch nicht sicher war, brachte beim Ausweichen vor dem Lastkraftwagen ihren Begleiter zu Fall. Beide gerieten beim Sturz unter den Lastkraftwagen. Dem Mann ging das Rad des Anhängers über den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Dame erlitt schwere Kopfverletzungen.

Immer wieder neue Erdstöße in Bulgarien

Varna den 26. April. Gestern abend um 11,28 Uhr wurde hier ein starkes Erdbeben verspürt. Der Erdstoß war heftiger als das Beben, das Tschirpan zerstörte. Das Schwarze Meer ist stürmisch bewegt. Der Wasserspiegel ist um 20 Zentimeter gestiegen. Die Badeanlagen stehen unter Wasser. In der Stadt herrscht Panik. Der Herd des Bebens liegt in Staraszagora. Menschenopfer und großer Sachschaden werden gemeldet.

Achtung

Wegen Maschinenbeschädigung konnte gestern unsere Zeitung erst verspätet herausgegeben werden. Für einen Teil der Auflage mußte die 12seitige Zeitung auf 8 Seiten reduziert werden.

Die Seite 3, 7 und 8 erscheinen deswegen heute für einen Teil der Auflage wiederholt.

Druckerei Peuvag
Verlag und Redaktion der Arbeiterstimme.

Druckfehlerberichtigung

In unserem gestrigen Aufruf hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Der Druckfehlerteufel machte aus „Freunden", „Feinden".

Unsere Leser werden deswegen nicht sehr erschrocken sein, sie kennen die SPD und werden schon wissen, daß der letzte Satz vor der Aufforderung zur Kundgebung heißen muß:

„Kein revolutionärer Arbeiter demonstriert mit den Reformisten, mit den Freunden der Bourgeoisie."

Das Henkerbeil über Mailand

Verhindert einen neuen Fall Sacco-Vanzetti! / Heraus zum Protest gegen Mussolinis Mord„justiz"!

Aus Italien wird uns berichtet:

Seit dem Mailänder Attentat hat man in Italien, wo schon Tausende von Arbeitern und Funktionären in den Gefängnissen sitzen, weitere Tausende von Antifaschisten und besonders Kommunisten verhaftet, unter denen man um jeden Preis die Urheber des Attentats finden will. Der Verhaftung des jungen Studenten Romolo Tranquilli in der Nähe von Como, dessen einzige Schuld die ist, der Bruder eines bekannten Kommunisten zu sein, folgte eine phantastische Anklage gegen ihn, die von dem General-Militäranwalt erhoben wird. Die Genossen, mit denen er verkehrte, werden in dieselbe Anklage hineinbezogen.

Ein Befehl des General-Militäranwalts hat der Presse verboten, irgendwelche andere Nachrichten über das Attentat als die offiziell herausgegebenen zu veröffentlichen. Der Corriere della Serra, der von einem Zeugen Mitteilungen erhalten hatte, die die Unschuld Tranquillis bewiesen, wurde auf Grund dieser Veröffentlichungen verboten. Der Secolo, der in Mailand erscheint, hatte die Nachricht gebracht, daß Tranquilli mehrere Tage vor dem Attentat und am Tage des Attentats fern von Mailand gewesen ist. Ebenso erging es der Stampa für Turin, die aus Tortona und aus Venedig Nachrichten gebracht hatte, die Tranquilli entlasten würden.

Mussolini hat angeordnet, daß man die angeblichen Urheber des Attentats auf der Stelle zum Tode verurteilt. Bis jetzt hat die Polizei nichts gefunden, absolut nichts, aber das Prestige des „Duce" und seiner Henker steht auf dem Spiel; man sucht um jeden Preis einen Schuldigen. Die letzten Nachrichten, die wir haben, belagen, daß der Sondergerichtshof diese Angelegenheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erledigen will. Man weiß, daß sich der Angeklagte beim Sondergerichtshof keinen Verteidiger wählen kann. Es ist ihm nicht möglich, Zeugen anzuführen, denn Zeugen, die er nennt, werden sofort als Komplizen verhaftet. Tranquilli und die anderen müssen darauf gefaßt sein, von einem Augenblick zum andern zum Tode verurteilt zu werden, obgleich sie weder direkt noch indirekt irgendwelche Beziehungen zu dem Attentat haben. Die internationale öffentliche Meinung muß daher versuchen, ihre Hinrichtung zu verhindern, um einen zweiten Sacco- und Vanzetti-Fall zu vereiteln.

Die Nachricht von den in Mailand geplanten Todesurteilen hat die internationale proletarische Oeffentlichkeit aufs äußerste erregt. Obwohl die Sozialdemokratie, die stets vorgibt, gegen den italienischen Faschismus zu kämpfen, im Interesse der unschuldig Verhafteten keinen Finger gerührt hat, sind in Wien, London, Paris und Neuyork bereits Protestaktionen der Arbeiterschaft im Gange. Es ist dringend notwendig, daß auch die Arbeiterschaft Deutschlands durch ihren Protest auf die italienische Faschistenregierung den größtmöglichsten Druck ausübt und die gesamte werktätige Oeffentlichkeit mobilisiert. Das unmittelbare Ziel dieser Protestaktionen muß sein, diejenigen zu retten, die das Mailänder außerordentliche Gericht ohne Schuld und ohne Beweise zum Tode verurteilen will, um das Mailänder Attentat zu sühnen.

Die gesamte Faschistenpresse ordert auf Anweisung der Regierung den Tod der Angeklagten, ohne auch nur den Versuch ihrer Schuld anführen zu können. Charakteristisch ist, daß einer der Vorsitzenden des Tribunals, General Freri, von seinem Posten zurückgetreten ist, weil er sich scheut, das von der Regierung angeordnete Henkerwerk zu vollziehen.

Zur Rettung der Verhafteten und Angeklagten ist es notwendig, daß die deutsche Arbeiterschaft, die Betriebe und proletarischen Organisationen durch Resolutionen und Entsendung von Delegationen zu den ausländischen Vertretungen der italienischen Faschistenregierung mit folgenden Forderungen Protest erhebt:

Der Prozeß soll vertagt werden. Das Gericht soll das Ergebnis seiner Untersuchung mit den angeblichen Belastungszeugen veröffentlichen. Die Angeklagten sollen die Möglichkeit erhalten, sich Verteidiger zu wählen.

Die Berliner italienische Botschaft befindet sich Viktoriastraße 36, **das italienische Generalkonsulat in der Tiergartenstraße 6.**